

Kein Gewaltfrieden!

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Genf, 28. Oktober.

Die sozialistischen Vereine, die „Confédération générale du travail“, die Liga der Menschenrechte, die „Coalition républicaine“ und die sozialistische Partei haben ein Manifest veröffentlicht, das folgendermaßen schließt: „Wilson hat die Bedingungen eines Waffenstillstandes präzisiert, der weder eine Täuschung noch eine kurze Rast sein soll, sondern eine Etappe zum Frieden. Er hat in geschlichter Weise von den Antworten der feindlichen Regierungen Kenntnis genommen und hat in Deutschland selbst Unruhe aufkeimen lassen. Um den Gedanken der „Confédération générale du travail“ konstatieren wir, daß er die Garantien formuliert hat, die dazu bestimmt sind, den alliierten Völkern Gewißheit zu bringen, daß der Schaden, der ihnen zugefügt worden ist, repariert werden soll, daß die Völker, die jetzt dem Geßel des Stärkeren unterworfen sind, befreit werden sollen, und daß die Möglichkeiten eines neuen Krieges definitiv beseitigt werden sollen.“ Jede andere Auffassung würde die entschiedene Opposition seitens der demokratischen Kreise in allen anderen Ländern finden. Die unterzeichneten Organisationen und Vereine erwarten also von der französischen Regierung, daß sie in Uebereinstimmung mit den anderen alliierten Regierungen und Herrn Wilson beschließt, dem Waffenstillstandsangebot der Zentralmächte die energische, aber auch die vernünftige Antwort („la plus sage“) zu erteilen, die einzig von den wirklichen Interessen der Völker inspiriert ist.

* Genf, 28. Oktober.

Der sozialistische „Populaire“ schreibt unter dem Titel „Am hellen Tage“: „Wilson hat sich nochmals von dem Druck derjenigen befreit, die hier und anderswo ihn aufforderten, Max von Baden nicht zu antworten, und den Notenwechsel abzubrechen. Wenn sie auch gute Mene zum bösen Spiel machen, so sind sie doch enttäuscht und unzufrieden. Diese Herren fangen an, zu verstehen, daß sie nicht mehr in der Welt mitzählen können. Im Grunde hat jede der amerikanischen Antworten ihnen eine neue Enttäuschung bereitet. Die einleitende Phase der Unterhandlungen ist jetzt abgeschlossen. So hat das Proletariat von beiden Seiten das Recht zu verlangen, daß jetzt alles am hellen Tage sich abspiele. Wenn man anderen die Praktiken der Demokratie auferlegen will, so muß man sie zunächst selbst respektieren. Wilson wird die alliierten Mächte fragen, ob sie die Friedensbedingungen annehmen, welche er diktiert hat und denen Deutschland zugestimmt hat. Die französischen Sozialisten haben vergebens versucht, darüber Aufklärung zu bekommen. Amerika wird ohne Zweifel glücklicher sein; aber auf jeden Fall ist es notwendig, daß die Unterhandlungen nicht vertraulich bleiben, und daß die verschiedenen Strömungen der öffentlichen Meinung über diesen Gegenstand zum Ausdruck kommen können. Hoffen wir, daß das französische Volk ebenso wie das englische und das italienische, das Recht erhalten wird über sich selbst zu verfügen und daß nicht zwei Duzend Persönlichkeiten zehn Millionen Menschen durch geheime Beratungen festlegen können.“

In einem anderen Artikel sagt der „Populaire“, daß sich die Extremisten in Frankreich sowie in England und Italien freuen, daß die Alliierten jetzt das Wort haben. „Für gewisse Voches,“ schreibt das Blatt, „die es nicht nur in Deutschland gibt, bedeutet „Recht“ das Faustrecht und die Gesellschaft der Nationen ist für sie nur eine fruchtbringende Vereinigung der Imperialisten, die unter sich teilen, was sie bekommen können. Demgegenüber hat die sozialistische Partei die Pflicht, sich von diesen Herren loszutrennen. Es muß ihre hauptsächlichste Sorge sein, in keiner Weise für das Uebel verantwortlich zu werden, das angerichtet werden könnte. Sie will nicht die Verantwortlichkeit für einen imperialistischen Frieden übernehmen.“

Auch das „Journal du Peuple“ verlangt Bekanntgabe der Friedensbedingungen. Das Blatt schreibt: „Der Krieg ist eine zu ernste Sache, er interessiert zu viele Nationen der Entente, als daß die Leitenden nicht am hellen Tage ihre Verantwortlichkeit übernehmen müßten. Wir befinden uns jetzt gegenüber den Bedingungen Wilsons. Wollen wir sie zu den unsrigen machen? Das müssen wir vor allem wissen. Restitutions, Reparationen, Garantien, diese drei Worte schließen die Idee einer Annexion und einer Unterdrückung aus. Das Volk, das arbeitet und kämpft, erwartet mit der größten Erregung die Entscheidungen der Diplomaten in der Hoffnung, daß diese die Wiedergeburt der Welt bezeichnen werden.“

os Rotterdam, 28. Oktober.

Der Londoner Korrespondent des liberalen „Manchester Guardian“ drahtet seinem Blatte: Die Auffassung am Sonntag in London ging dahin, daß die deutsche Antwort an Wilson das Ende des Krieges bedeute. Die Türkei sei erledigt, Oesterreich-Ungarn habe aufgehört zu bestehen. Dazu komme die deutsche Antwort auf die jüngste Note des Präsidenten, die einer Annahme

der Wilsonschen Bedingungen gleichkomme. Im Leitartikel sagt das Blatt: „Die Ausichten auf einen Frieden werden heller, alles bewegt sich in der Friedensrichtung. Deutschlands Note, womit Wilsons frühere Noten so gut wie angenommen werden, bereite den Weg für die definitive Aufstellung der Waffenstillstandsbedingungen vor. Die ganze Debatte, die auf die Mitteilungen des Reichslandtagers im Reichstag gefolgt ist, beweist, daß Deutschland alles bewilligen wird, was Wilson verlangt hat, wie bitter es auch manchem ankommen möge. Die neue Phase kommt nun, wenn die Alliierten ihre Bedingungen des Waffenstillstandes aufstellen. Aber ehe Deutschland sich entwaffnet, hat es ein Recht, zu wissen, auf welcher Grundlage der Frieden gerogest werden soll, mit anderen Worten: Die Präliminarien für den Frieden müssen in den Bedingungen des Waffenstillstandes aufgenommen sein. Was Amerika betreffe, sei dies schon geschehen. Das Blatt wendet sich jetzt an die Alliierten mit der Aufforderung, ihre Bedingungen bekanntzugeben.“